

Offene Immobilienfonds: Rückgabe ohne Abschlag

mas. BERLIN, 20. Januar. Union und FDP wollen den Gesetzentwurf zu offenen Immobilienfonds korrigieren. Die Finanzpolitiker planen, auf die Abschläge nach der neuen zweijährigen Mindesthaltefrist für Neuanleger zu verzichten. Ursprünglich war ein Abschlag von 10 Prozent im dritten Jahr und 5 Prozent im vierten Jahr vorgesehen. Unabhängig davon soll künftig für alle eine einjährige Kündigungsfrist gelten. Doch sollen private Anleger bis zu 30 000 Euro im Halbjahr entnehmen dürfen. Diese Korrekturen seien wahrscheinlich, aber noch nicht endgültig beschlossen, sagte der zuständige Berichterstatter der Unionsfraktion, Ralph Brinkhaus, dieser Zeitung. Außerdem ist vorgesehen, dass offene Immobilienfonds nur noch mit 30 Prozent statt 50 Prozent Fremdkapital arbeiten dürfen. „Wir wollen ein stabiles Produkt haben“, sagte Brinkhaus. „Das steht im Widerspruch zu manchen Renditeerwartungen.“ Man wolle vermeiden, dass ein Fonds geschlossen und gegebenenfalls liquidiert werden müsse.